



Mehr Lohn
In diesen Branchen zahlt es sich aus zu arbeiten
 Die Erhöhungen — 39

«Wir testen eine Einbrecher-App»
Markus Hongler, Mobiliar-Chef
 Das Interview — 41

SMI 7998 0,2% SPI 8469 0,3% STOXX50 3074 1,2% DAX 9831 0,1% Dow Jones 17 213 1,2% EUR/CHF 1.09 0,1% USD/CHF 0.98 -1,2% Eidgenosse 10 J. -0,2% Brentöl 40.40 USD 4,3% Gold Fr./kg 39 469 -1,3% (im Wochenvergleich)

«Den Atomstrom verbilligen»

Christoph Blocher fordert Subventionen für AKW

Was halten Sie von der Idee, beim Bund eine Betreibergesellschaft für die AKW zu gründen?

Das ist ein Schnellschuss und würde nur das Problem von den Kantonen zum Bund verlagern.

Was wäre die beste Lösung?

Die beste Lösung wäre, den Markt spielen zu lassen, also alle Subventionen zu streichen, vor allem jene für die Alternativenenergien. Dann wird sich herausstellen, dass die AKW viel billiger sind. Das wäre echte Kostenwahrheit.

Aber in Deutschland werden die Sonnen- und Windenergie so stark subventioniert, dass Importstrom 2.5 Rappen pro Kilowattstunde kostet, unser Atomstrom jedoch 4.5 Rappen. Dagegen können wir wenig tun.

Vielleicht doch mehr. Meines Erachtens verletzt die Subventioniererei die WTO und den EU-Freihandelsvertrag. Also müsste die Schweiz klagen.

Bis das geklärt ist, sind die Betreibergesellschaften tot.

Das stimmt, und darum bleibt wohl nichts anderes übrig – bis zur subventionslosen Zeit –, als sicherzustellen, dass alle Energieträger gleich lange Spiesse haben.

Und was heisst das?

Man müsste den Strom für alle Hersteller gleich verbilligen, damit sie wieder wettbewerbsfähig werden. Also – neben den Alternativenenergien – einerseits für die Wasserkraft, aber auch für den Atomstrom.

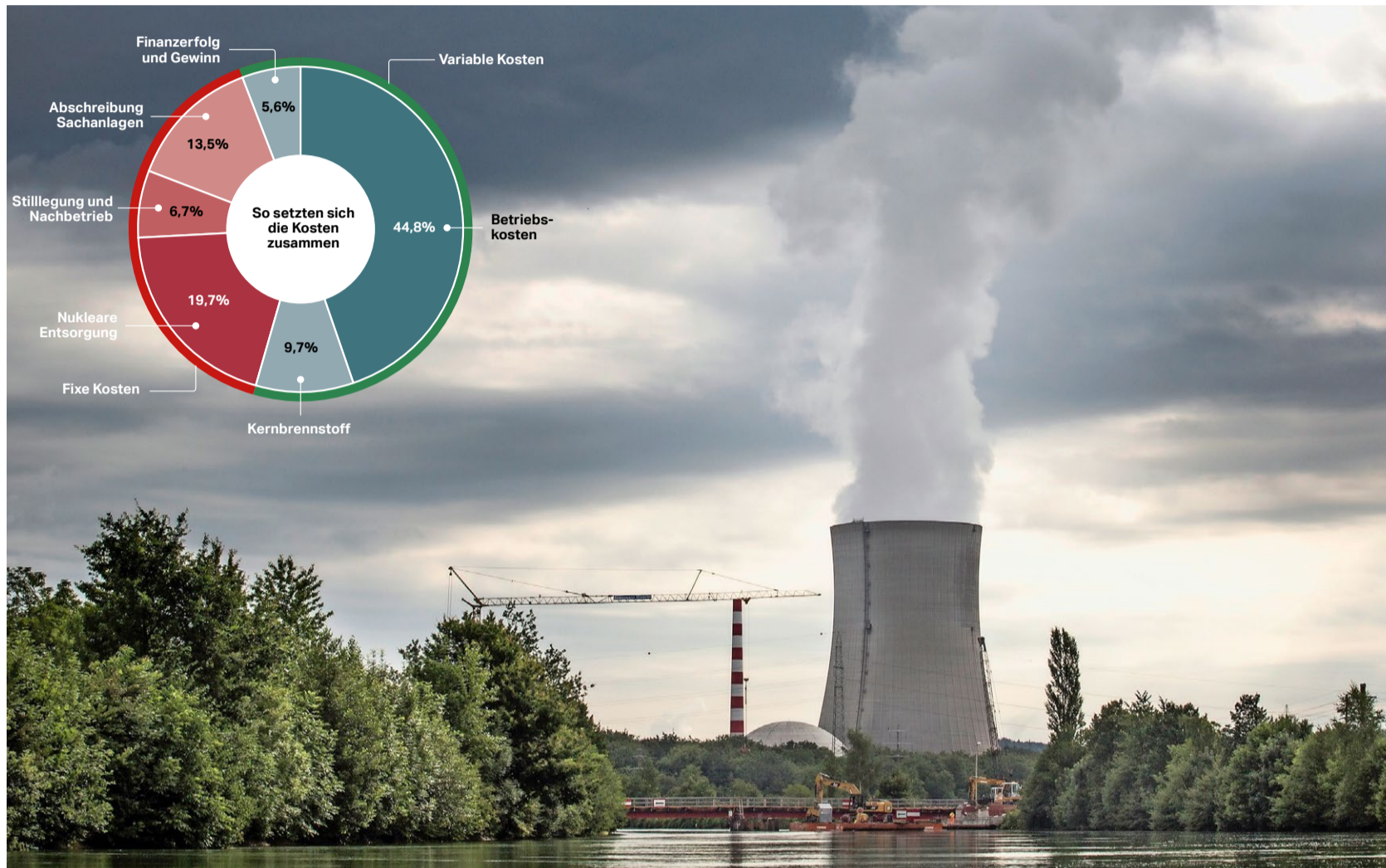
Sie würden auch die AKW subventionieren?

Ja, notgedrungen. Ich finde das zwar auch keine gute Idee, aber wenn schon die Alternativenenergien so stark verbilligt werden, müssen wir wenigstens den Schaden möglichst klein halten. Denn es kann doch nicht sein, dass wir aufgrund der Marktverzerrungen die günstigsten Energiequellen aufgeben.

Die notleidende Alpiq plant in ihrer Not, die Wasserkraftwerke zu verkaufen.

Notverkäufe sind nie gut. Aber wer vor dem Ruin steht, muss es leider im dümmsten Moment tun. Darum sollten die Eigentümerkantone entweder die Werke kaufen oder den eigenen Kraftwerkgesellschaften den Kredit zur Verfügung stellen. Die Kantone bekommen ja im Moment gratis Geld und könnten es so sinnvoll investieren. Möglich wäre auch, dafür einen Fonds zu bilden, an dem sich die Kantone mit Krediten beteiligen könnten. Arthur Rutishauser

Gösgen: Die Axpo hält 37,5 Prozent am AKW
 Foto: Keystone



Im schlimmsten Fall haftet die Stadt Zürich

Die AKW-Betreiber suchen nach Lösungen. Vielleicht gar in Frankreich

Arthur Rutishauser

Oiten Spätestens seit letztem Montag ist allen klar: Die Atomkraftwerke bergen nicht nur Sicherheitsrisiken, sondern auch ganz gewaltige Finanzrisiken. Das, obwohl sich mit den Anlagen auf den ersten Blick am billigsten Strom herstellen lässt. Eine Kilowattstunde Atomstrom kostet 4.5 bis 5.5 Rappen, konventionelle Wasserkraftwerke müssen mit knapp 6 Rappen rechnen, Pumpkraftwerke mit 7 Rappen, und der Solarstrom kostet, ohne Subventionen, noch immer dreimal mehr.

Doch beim Strom herrscht alles andere als ein freier Markt. Da gibt es einerseits in der Schweiz starke Subventionen für den Solarstrom und andererseits eine endlose Diskussion darüber, ob beim Atomstrom wirklich alle Kos-

ten einbezogen sind. Und vor allem: Es gibt die Konkurrenz aus Deutschland, welche hochsubventionierten Strom aus Solar- und Windkraftwerken anbietet zu Preisen von 2 Rappen die Kilowattstunde. Das kostet den deutschen Steuerzahler 20 Milliarden Euro im Jahr. Unsere Strombranche treibt das längerfristig in den Ruin.

Händeringend suchen darum die Strommanager nach Lösungen. Alpiq hat bekannt gegeben, dass sie einen Anteil von 49 Prozent an ihren Wasserkraftwerken verkaufen will, um mit dem Geld die nötige Liquidität zu erhalten, die es braucht, um die Atomkraftwerke weiterhin betreiben zu können. Alpiq ist zu 40 Prozent an Gösgen und zu 32 Prozent an Leibstadt beteiligt und verpflichtet, einen ebenso hohen Anteil an deren Stromproduktion zu Gestehungskosten abzunehmen. Ihr grös-

ter Konkurrent, die Axpo, die vorwiegend den Kantonen in der Nordostschweiz und dem Kanton Zürich gehört, hält 37,5 Prozent an Gösgen und 39 Prozent und Leibstadt.

Die Kantone haften weder für Axpo noch für Alpiq

Weitergeben können beide den Strom an die Grosskunden nur zu Marktpreisen. Im Moment sind sie zwar noch etwas geschützt, weil sie auf langfristige Verträge zählen können, doch die laufen in den nächsten Jahren aus. Heute werden die Kontrakte geschlossen, die ab 2019 gelten, und da rechnet man mit noch 2 Rappen. Wenn man bedenkt, dass Alpiq und Axpo mit jeder Kilowattstunde 2 bis 3 Rappen verlieren, ist klar, warum man plötzlich vom drohenden Grounding der Stromproduzenten spricht. Dass die beiden grössten AKW

trotzdem noch weiter laufen gelassen werden, liegt daran, dass auch bei 2 Rappen die fixen Kosten gedeckt sind, die auch anfallen würden, wenn man die Werke abschaltet.

Nun wird nach Auswegen gesucht. Die «Basler Zeitung» hat bekannt gemacht, dass Alpiq einen Lobbyisten angeheuert hat, der Politiker, Journalisten und schlussendlich die Bevölkerung dazu bringen soll, die Gründung einer Aufangesellschaft für AKW auf Bundesebene zu begrüssen. Daraufhin folgte eine inszenierte Empörung auf allen Ebenen. Bei den Bürgerlichen heisst es, man solle die Betreibergesellschaften notfalls Konkurs gehen lassen. Die Linken waren zwar eher bereit, auf einen solchen Deal einzugehen – unter der Bedingung, dass die AKW bald abgeschaltet wer-

Fortsetzung — 37

Anzeige

Lindt CONNAISSEURS

„Die Verführerische...“

...ein ganz individueller Charakter – wie alle 15 Connaisseurs-Pralines. Schenken Sie Connaisseurs, die wertvollsten Meisterwerke unserer Maitres Chocolatiers.

Besitzerkantone bauen Axpo-Verwaltungsrat um

Regierungsräte sollen ihre Posten für Fachleute räumen



Milliardenteuer:
Das Pumpspeicherwerk
Linth-Limmern.
Foto: D. Boschung/Axpo

Jürg Meier

Zürich/Aarau Die Eigentümer der Axpo reagieren auf die Krise in der Stromindustrie. Die Nordostschweizer Kantone wollen den Verwaltungsrat des Stromriesen umbauen und keine Regierungsräte mehr ins Gremium entsenden. «Derzeit diskutieren verschiedene Kantone diese Frage», bestätigt der Schaffhauser Staatschreiber Stefan Bilger. Auch der Kanton Aargau beschäftigt sich mit dem Thema, wie Maurus Büsler, Generalsekretär des Departements Bau, Verkehr und Umwelt, sagt. Der Kanton Zürich will sich nicht äussern.

Heute sind sechs der dreizehn Verwaltungsratssitze mit Regierungsräten besetzt. Die Kantone nennen verschiedene Gründe, warum die Posten nicht mehr an Regierungsvertreter vergeben werden sollen. Laut Maurus Büsler herrschte in der Vergangenheit kein Konkurrenzverhältnis zwischen der Axpo und den Kantonswerken – die Axpo produzierte Strom, die Kantonswerke verkauften ihn. Doch seit der Strommarkt für grosse Kunden geöffnet ist, seien die Axpo und die Kantonswerke zu Konkurrenten geworden.

Beide buhlen um die gleichen lukrativen Grosskunden. Darum sei insbesondere die Frage zu klären, «ob es im Verwaltungsrat zu unvereinbaren Interessenkonflikten für Regierungsräte kommen kann», sagt Büsler.

Ein weiterer Grund für die geplante Anpassung ist das Zeitbudget und die Fachkompetenz der Verwaltungsratsmitglieder. Die Situation auf dem Strommarkt wird immer schwieriger. Die für die Rentabilität der Axpo entscheidenden Grosshandelspreise für Strom fallen ins Bodenlose. Laut Stefan Bilger kann es darum sinnvoll sein, dass «ausgewiesene Spezialisten» in den Verwaltungsrat delegiert werden.

Kenner der Strombranche bemängeln seit langem, dass es den Regierungsräten an Zeit und Fachwissen für ihre Aufgabe fehle. Sie mussten in der Vergangenheit Investitionsentscheide über riskante und hochkomplexe Bauvorhaben wie beispielsweise das milliardenteure Pumpspeicherwerk Linth-Limmern fällen. Es brauche jetzt Verwaltungsräte, die das Geschäft mit der Energie verstanden und Erfahrung aus grossen Konzernen mitbrächten, sagen Kritiker.

Wie die Ablösung der Regierungsräte genau vonstatten gehen soll, ist noch offen. Auch einen Zeitplan scheint es nicht zu geben. Zwar entscheiden die einzelnen Kantone eigenständig darüber, wen sie in den Verwaltungsrat entsenden. Allerdings besteht «ein gewisser Koordinationsbedarf»,

Die Eigentümer der Axpo

Der grösste Stromproduzent der Schweiz erzielte im letzten Geschäftsjahr mit 4300 Mitarbeitern einen Umsatz von 5,86 Milliarden Franken. Eigentümer sind die Nordostschweizer Kantone. Der Aargau und Zürich halten zusammen fast zwei Drittel am Unternehmen (Anteile gerundet):

Kanton Zürich	18,3%
EKZ (Kantonswerk Zürich)	18,4%
Kanton Aargau	14%
AEW (Kantonswerk Aargau)	14%
St. Gallisch-Appenzellische Kraftwerke	12,5%
Elektrizitätswerk des Kantons Thurgau	12,3%
Kanton Schaffhausen	7,9%
Kanton Glarus	1,7%
Kanton Zug	0,9%

wie Bilger sagt. Offenbar müssen sich insbesondere die zwei Hauptaktionäre finden, der Kanton Zürich und der Kanton Aargau. Während der Aargau schon seit längerem dafür plädiert, keine Regierungsräte in den Axpo-Verwaltungsrat zu entsenden, zeigte sich die Zürcher Regierung in dieser Frage offenbar unwillig und hielt an seiner Doppelvertretung fest.

Erstaunlich ist, dass die Kantone erst jetzt auf all diese Probleme aufmerksam werden. Der Interessenkonflikt mit den Kantonswerken beispielsweise besteht schon seit Jahren, die Öffnung des Strommarktes für Grosskunden fand 2009 statt. Ein Strommanager sagt darum, die plötzliche Aktivität der Axpo-Eigentümerkantone habe noch einen anderen Grund. «Den Politikern sitzt der Fall Swissair in den Knochen.» Der Untergang der Fluglinie, bei der ebenfalls Regierungsräte im Verwaltungsrat sassen, führte zu langwierigen Prozessen gegen die Mandatsträger. Ähnliches könne passieren, sollte die Axpo zusammenbrechen. «Der Kollateralschaden für die Politik wäre enorm, wenn nach einem Konkurs der Axpo Regierungsräte gerichtlich belangt würden», sagt der Manager.

weil erstens die BKW, welche in der Öffentlichkeit den Anschein erweckte, dank des baldigen Abschaltens des AKW Mühleberg aus dem Schneider zu sein, wegen ihrer Beteiligung an Leibstadt im Notfall eben auch einsteigen muss. Zweitens ist die städtische «Energie Wasser Bern» mit 7,5 Prozent an Gösigen beteiligt und damit auch solidarisch haftbar.

Ganz direkt ist die Stadt Zürich mit dabei. Und das, obwohl die Stadt für sich den Atomausstieg beschlossen hat. Sie ist seit den

70er-Jahren mit 15 Prozent an Gösigen beteiligt.

Während die Stadtregierung zu vornehm schweigt, ist man sich beim Städtischen Elektrizitätswerk EWZ des Problems bewusst. Auf die Frage, wer denn haften, wenn die beiden grossen Stromkonzerne zusammenbrechen und ihren finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen könnten, sagt Marcel Frei, Direktor des EWZ: «Das ist eine gute Frage», und er beantwortet sie gleich selber. Laut Frei haften die Partner «solidarisch». Können ein Partner die nötigen Gelder nicht mehr einschiessen, «kommen die anderen zum Handkuss». Im Falle des EWZ könne das heissen, dass die Stadt Zürich die Last schultern müsse. Das EWZ sei im Gegensatz zu einer Axpo oder einer Alpiq keine selbstständige Rechtspersönlichkeit, sondern vollständig in die Stadtverwaltung integriert. «Das könnte theoretisch bedeuten, dass die Stadt Zürich mit ihrem gesamten Vermögen haftet.»

Einen Ausweg aus dieser unangenehmen und laut Frei unfairen Situation gebe es nicht. «Das Problem ist, dass uns derzeit wohl niemand die Beteiligung an Gösigen abnimmt.» Frei geht zwar davon aus, dass die Kantone zusätzliche finanzielle Verantwortung übernehmen müssten, wenn ihre Stromkonzerne Alpiq und Axpo kollabieren würden. «Insgesamt ist das Problem der Haftungsfrage bei den Atomkraftwerken aber ungelöst», sagt Frei.

Bei Alpiq und Axpo denkt man inzwischen über eine neue Lösung nach, wie Insider sagen, nämlich an eine Auslagerung der AKW an die französische EDF. Die könnte, wenn sie denn auch die angesparten Gelder für die Endlagerung erhält, interessiert sein. Unter der Bedingung allerdings, dass die Nuklearabfälle in Frankreich entsorgt werden können, das wäre deutlich billiger als in der Schweiz und damit lukrativ. Allerdings müsste da die Politik mitmachen.

Fortsetzung

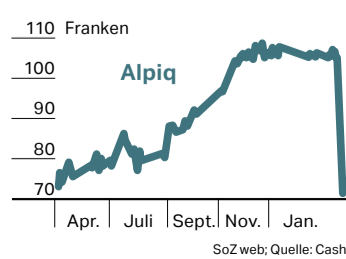
Im schlimmsten Fall haftet...

den. Bundesrätin Doris Leuthard verstieg sich zur Bemerkung, die Kantone sollten selber schauen, wie sie das Problem lösen würden, denn sie hätten ja als Eigner von Axpo und Alpiq auch jahrelang von den Gewinnen aus dem Atomstrom profitiert.

Nun gibt es aber keine gesetzliche Regelung, die die Eigentümerkantone von Axpo und Alpiq dazu verpflichten würde, weiterhin Geld in die Gesellschaften einzuschies- sen. Die trifft es also nicht so stark.

Dafür andere, denn es gibt für jeden Eigentümer eines AKW die Verpflichtung, notfalls solidarisch für alle AKW einzustehen, die nicht mehr zahlungsfähig sind. Und da könnte es ein böses Erwachen geben, insbesondere in den Städten Bern und Zürich. In Bern,

Heftiger Absturz



Bürohr

Noch vor kurzem machte man sich über Anleger lustig, die Gold horten. Doch Gold erlebt goldene Zeiten: Seit Anfang Jahr ist der Preis um 17,5 Prozent auf 1245 Dollar die Unze gestiegen. Derweil ist an den Aktienmärkten nackte Angst ausgebrochen. Und schon sehen die Goldjünger den Preis auf 1900 Dollar klettern. Zu ihnen gehört auch **Egon von Greyerz** von der Matterhorn Asset Management AG an der Zürcher Bahnhofstrasse. Die europäische Zentralbank habe sich in eine verzweifelte Lage manövriert und müsse ständig billigem Geld noch billigeres Geld hinterherschicken. Vor der drohenden Hyperinflation schütze Gold.



Beim Telekommunikationsunternehmen Sunrise geht die Sonne offenbar nie unter. Selbst wenn es wie letztes Jahr einen Nettoverlust von 113 Millionen Franken eingefahren hat, schreibt es mit sonnigem Gemüt von einem «Nettogewinn» – einfach mit einem (leicht zu übersehenden) Minuszeichen davor. Sunrise, das mit dem ehemaligen UBS-Präsident **Peter Kurer** einen neuen Verwaltungsratspräsidenten erhält, verdient für so viel Beschönigung eine gute Note – mit dem Schönheitsfehler eines klitzekleinen Minuszeichens davor.



Die braunen Kappa-Koffer waren beim Flughafenpersonal berüchtigt. Die halbe Schweiz schlug bei der Rabattmärkli-Aktion von Coop vor ein paar Jahren zu. Viele Käufer griffen beim Gepäck-Karussell zum falschen der zahlreichen braunen Trolleys und merkten ihr Missgeschick erst zu Hause. Dieser Tage hat Coop wieder eine Gepäck-Trophy lanciert. Diesmal ist der Koffer knallrot, und er hat aus Sicherheitsgründen sogar eine «abgedeckte Vorrichtung für das Namensschild». Eine Verwechslungsgarantie ist im Schnäppchenpreis inbegriffen.

Im Kampf um Sika gibt Saint-Gobain nicht auf

Franzosen haben Kaufvereinbarung mit Gründerfamilie Burkard verlängert

Baar ZG Die Vereinbarung über den Sika-Kauf, welche die französische Saint-Gobain (SGO) mit Gründerfamilie Burkard abgeschlossen hat, läuft am 30. Juni aus. Da sich das Management von Sika querstellt, ist die Situation blockiert. Wie zu erwarten war, haben SGO und die Familie Burkard darum beschlossen, die Vereinbarung bis zum 30. Juni 2017 zu verlängern. Zudem hat SGO das Recht, die Frist der Vereinbarung bis zum 31. Dezember 2018 zu erstrecken. SGO-Lenker Pierre-André de Chalendar sagt dazu: «Es ist unser erklärtes gemeinsames Ziel, diese Transaktion erfolgreich abzuschliessen.» Über die Schenker-Winkler-Holding kontrolliert die Familie 52 Prozent der Stimmen, besitzt aber nur 16 Prozent der Aktien. SGO hatte im Dezember 2014 angekündigt, ihr das Aktienpaket für 2,75 Milliarden Franken abzukufen. Trotz der Querelen mit dem Management liegt der Kurs von 3838 Franken nahe beim 52-Wochen-Höchst. Die UBS hat das Kursziel jüngst um 1000 Franken erhöht. Für SGO gab es angeblich keinen Grund, den Preis nachzuverhandeln. (wer)

Anzeige

Das Wertpapier.

Defensiv, renditestark: Investieren Sie in solide Schweizer Immobilien. Und in unsere Erfahrung seit 1961. Für unseren Prospekt mit integriertem Fondsvertrag und unseren aktuellen Jahresbericht: www.swissinvest-fund.ch

Swissinvest Real Estate Investment Fund
Pensimo Fondsleitung AG, Obstgartenstrasse 19, 8006 Zürich